Freie Demokraten im Hessischen Landtag

ZUKUNFT DER SCHWEINEHALTUNG

26.01.2017

- **Hessische Umsetzung des Urteils zu Kastenstand gefährdet vor allem die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe**
- **Bundeseinheitliche Regelung und Übergangsfristen sind dringend notwendig**
- **CDU und Grüne riskieren mit ihrer Landwirtschaftspolitik eine zunehmende Abhängigkeit von Importen**

„CDU und Grüne gefährden mit ihrer Landwirtschaftspolitik die Existenzgrundlage gerade kleinerer Betriebe in Hessen. Die völlig überstürzte Umsetzung des Urteils zum Kastenstand hat zur Folge, dass viele weitere hessische Betriebe vor dem Aus stehen. Damit werden wir zukünftig noch mehr Ferkel aus Polen oder Dänemark importieren müssen. Statt unsere heimischen Ferkelerzeuger zu unterstützen, werden lange Tiertransporte billigend in Kauf genommen, um grünideologische Politik gegen unsere Landwirte zu betreiben Die Grünen, die immer behaupten, dass sie eine bäuerliche Landwirtschaft unterstützen, entziehen so den hessischen Schweinebauern die Existenzgrundlage und fördern Großstrukturen in anderen Bundesländern. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, diesen Erlass zurückzuziehen und an der bundeseinheitlichen Regelung mit ausreichenden Übergangsfristen mitzuarbeiten“, erklärte der landwirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Jürgen LENDERS.

Lenders weiter:

„Auf meinem Besuch auf der Grünen Woche in Berlin konnte ich in zahlreichen Gesprächen mit Fachleuten und Verbandsvertretern feststellen, dass es eine große Bereitschaft gibt, Veränderungen im Sinne von Tieren und Verbrauchern vorzunehmen. Die Landwirte erwarten aber zu Recht Planungs- und Rechtssicherheit, fairen Wettbewerb

Abgerufen am 08.12.2025 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7114

und Übergangsfristen. Noch im vergangenen Jahr förderte das Land Hessen die Stallbauten mit den bisherigen Kastenständen finanziell. Nun diese Investitionen als wertlos zu deklarieren, treibt die Landwirte in Existenzangst. Eine mögliche Umstellung hat für die meisten Ferkelerzeuger weitreichende Eingriffe in die Stalleinrichtung, Gebäude und in die Betriebsabläufe zur Folge. In der Regel ist das mit großen Investitionen verbunden, die viele Ferkelerzeuger derzeit nicht stemmen können.

Zudem scheitern umbauwillige Betriebe oftmals an bürokratischen und genehmigungstechnischen Hürden, z.B. durch Zielkonflikte mit dem Bau- und Umweltrecht. Im Klartext heißt das, dass eine Umsetzung nicht von heute auf morgen funktioniert. In Dänemark wurde für die Umsetzung des sogenannten dänischen Modells eine Übergangsfrist von 20 Jahren vorgesehen und Ministerin Hinz erwartet für Hessen diese Umstellung in einem halben Jahr. Anscheinend geht es den Grünen vielmehr darum, einen unbeliebten Zweig der Landwirtschaft aktiv anzugreifen. Unfassbar, dass die CDU diesem Frontalangriff auf die hessischen Landwirte einfach nur zuschaut, als hätte sie nichts damit zu tun.“

Hintergrund:
Hintergrund ist die Umsetzung eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts. Dort wurde geurteilt, dass die sogenannten Kastenstände, in denen sich die Muttersauen um die Zeit der Befruchtung für wenige Wochen aufhalten, um sie im Sinne einer erfolgreichen Befruchtung ausreichend zu schonen und nicht in der Gruppenhaltung durch Rangkämpfe und anderen Stress einen Teil der ungeborenen Ferkel zu verlieren, zu klein sind und vergrößert werden müssen. Hessen hat dieses Urteil völlig übereilt durch einen Erlass umgesetzt, während alle anderen Länder derzeit an einer bundeseinheitlichen Lösung arbeiten.

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 08.12.2025 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=7114